



Geschlechterspezifische Gewalt stoppen. Schutz jetzt sichern!

In der Schweiz wurden im letzten Jahr 29 Frauen und Mädchen getötet. Diese Tötungsdelikte sind keine tragischen Einzelfälle, sondern Ausdruck struktureller, geschlechtsspezifischer Gewalt, die tief in patriarchale Machtverhältnisse eingebettet ist. Gewalt gegen Frauen, trans und non-binäre Personen ist kein individuelles Versagen, sondern das Resultat patriarchaler Gewalt und politischen Versagens im Bereich Opferschutz, Gewaltprävention, Strafverfolgung und Gleichstellung.

Trotz wichtiger Fortschritte in der Sensibilisierung nimmt die Gewalt nicht ab: Die Nachfrage nach Schutz und Unterstützung steigt. Vielerorts stossen die bestehenden Strukturen an ihre Grenzen – räumlich, personell und vor allem finanziell. Anderorts fehlen die Strukturen komplett. In zahlreichen Kantonen werden die nötigen Mittel nicht zu Verfügung gestellt, um der Bedürfnisse der Betroffenen gerecht zu werden, geschweige denn die nötigen Massnahmen ergriffen, um Gewalt präventiv zu verhindern. Frauenhäuser sind überlastet, Beratungsstellen arbeiten unter massivem personellem und finanziellem Druck, die durch die Revision des Sexualstrafrecht ins Gesetz eingeführte Täterarbeit wird in den meisten Kantonen nicht umgesetzt, Sensibilisierung an Schulen bleibt die Ausnahme, statt die Regel zu bilden. Fehlende und unterfinanzierte staatliche Massnahmen gefährden das Leben von Gewaltbetroffenen unmittelbar.

Dies geht aus dem Parallelbericht des Netzwerks Istanbul-Konvention, der im Oktober 2025 veröffentlicht wurde, hervor. Der Bericht zeigt unmissverständlich auf, dass die Schweiz ihren Verpflichtungen aus der Istanbul-Konvention nicht nachkommt. Die Bemühungen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt sind ungenügend, unkoordiniert, zufällig und werden den Bedürfnissen der Betroffenen und von unterschiedlichen Betroffenenengruppen nicht gerecht. Damit verletzt die Schweiz ihre Verantwortung gegenüber Gewaltbetroffenen.

Besonders betroffen sind Menschen, die mehrfach diskriminiert werden: LGBTQIA+-Personen, Menschen mit Behinderungen, geflüchtete und migrantische Menschen sowie rassifizierte Personen. Für sie ist der Zugang zu Schutzunterkünften und Beratungsangeboten weiterhin erschwert. Ein wirksamer Opferschutz muss diesen unterschiedlichen Lebensrealitäten Rechnung tragen und diskriminierungsfrei ausgestaltet sein.

In der Budgetdebatte vom Dezember 2025 haben rund eine halbe Million Menschen unseren Appell für mehr Mittel gegen patriarchale Gewalt unterzeichnet. Dieses starke Signal zeigt: Geschlechtsspezifische Gewalt bewegt die Bevölkerung und macht betroffen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass die Politik handelt. Frauen- und FLINTA Leben zu schützen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – und sie braucht die notwendigen finanziellen Mittel.

Für die SP Schweiz und die SP Frauen ist deshalb klar: Es braucht eine gesicherte und nachhaltige Finanzierung der Opferhilfe gemäss Opferhilfegesetz (OHG) und Istanbul-Konvention (IK), den flächendeckenden Ausbau von Schutzunterkünften, diskriminierungsfreien Zugang zu allen Unterstützungsangeboten sowie breit angelegte Informations- und Präventionskampagnen, Sensibilisierungen an Schulen, am Arbeitsplatz und im Freizeitbereich, Täteransprachen, Electronic Monitoring, Täterarbeit und vieles mehr – damit alle Betroffenen von Gewalt die Hilfe finden und erhalten, die sie benötigen.

Das Parlament hat bewiesen, dass es nur zögerlich vorangeht und dass es nicht bereit ist, die nötigen Mittel zu Verfügung zu stellen und die Verantwortung für den Schutz von Frauen und FLINTA-Personen endlich zu dem zu machen, was es ist: eine Priorität.

Deshalb lancieren die SP Schweiz und die SP Frauen eine Volksinitiative – gemeinsam mit Fachorganisationen, Expert:innen und politischen Verbündeten aus allen Lagern. Die Initiative soll die notwendige Finanzierung der Bekämpfung von geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt sichern sowie die Vereinheitlichung und Sicherstellung von qualitativ guten und inklusiven Angeboten gemäss Istanbul-Konvention in der ganzen Schweiz garantieren.